

Inflation trifft die Armen

Die Teuerungsrate geht zurück, doch Familien mit geringem Einkommen leiden weiter am meisten unter den steigenden Preisen.

Ärmere Familien hatten im Dezember mit weiterhin fast 10 Prozent die höchste Inflationsbelastung zu tragen, einkommensstarke Singles die niedrigste – das gleiche Muster wie im gesamten Jahr 2022. Mit dem Rückgang der durchschnittlichen Preissteigerung von 10 Prozent im November auf 8,6 Prozent im Dezember hat sich der Abstand zwischen den höchsten und den niedrigsten haushaltsspezifischen Inflationsraten immerhin wieder etwas verkleinert. Das geht aus dem aktuellen Inflationsmonitor des IMK hervor.

Gemessen an den für sie jeweils repräsentativen Warenkörben lag die Teuerungsrate für Familien mit niedrigem Einkommen im Dezember bei 9,8 Prozent gegenüber 7,1 Prozent bei Alleinlebenden mit sehr hohen Einkommen. Die Differenz betrug damit 2,7 Prozentpunkte, nach 3,5 Prozentpunkten im November. Einen erheblichen Anteil an diesem Rückgang hatte, dass der Staat die Abschlagszahlung für Erdgas und Fernwärme im Dezember übernommen hat. Zudem wirkten sich sinkende Rohölpreise und eine etwas abgeschwächte Teuerung bei Lebensmitteln aus. Denn Haushaltsenergie und Nahrung machen bei den Einkäufen von Haushalten mit niedrigen bis mittleren Einkommen einen größeren Anteil aus als bei wohlhabenden.

Auf die zweithöchste Inflationsbelastung kamen im Dezember mit 9,5 Prozent wie in den Vormonaten Alleinlebende mit niedrigem Einkommen. Auch Alleinerziehende und Familien mit jeweils mittlerem Einkommen hatten mit rund 9 Prozent überdurchschnittliche Teuerungsraten zu verkraften, während Paarhaushalte ohne Kinder sowie Alleinlebende mit mittlerem Einkommen auf über 8,5 Prozent kamen. Alleinlebende und Familien mit jeweils höheren Einkommen wiesen eine leicht unterdurchschnittliche Rate auf.

„Die Entwicklung im Dezember zeigt, dass die von der Bundesregierung umgesetzten Preisbremsen wirksam sind und bislang auch sozial positive Effekte zeigen“, so Silke Tober und Sebastian Dullien vom IMK. Allerdings hätten sie die soziale Schere bei der Teuerung nur etwas, aber nicht ganz schließen können. Das zeige sich auch beim Blick auf die

Teuerungsraten im Gesamtjahr: Die preislichen Entlastungsmaßnahmen verringerten die Inflation 2022 nach IMK-Berechnungen durchschnittlich um einen Prozentpunkt. Dabei fiel die Entlastung für einkommensstarke Alleinlebende und Familien mit 0,6 Prozentpunkten geringer aus als für einkommensschwache Familien und Singles. Trotzdem hatten wohlhabende Haushalte eine merklich geringere Teuerungsrate zu verzeichnen als ärmere.

So waren es im gesamten Jahr 2022 wiederum Familien mit geringem Einkommen, die mit 8,8 Prozent die höchste Teuerungsrate verzeichneten. Dagegen war die Inflation für einkommensstarke Alleinlebende mit 6,6 Prozent unter allen Haushalten am geringsten. Überdurchschnittlich fiel

Reiche Singles merken am wenigsten

Die haushaltsspezifische **Inflationsrate** betrug im **Dezember 2022** für ...

Paare mit zwei Kindern + geringem Einkommen

Paare mit zwei Kindern + hohem Einkommen

Singles mit sehr geringem Einkommen

Singles mit sehr hohem Einkommen

Sie setzte sich zusammen aus Preissteigerungen bei ...

Haushaltsenergie

Nahrungsmitteln, Getränken, Tabak

Kraft- und Schmierstoffen

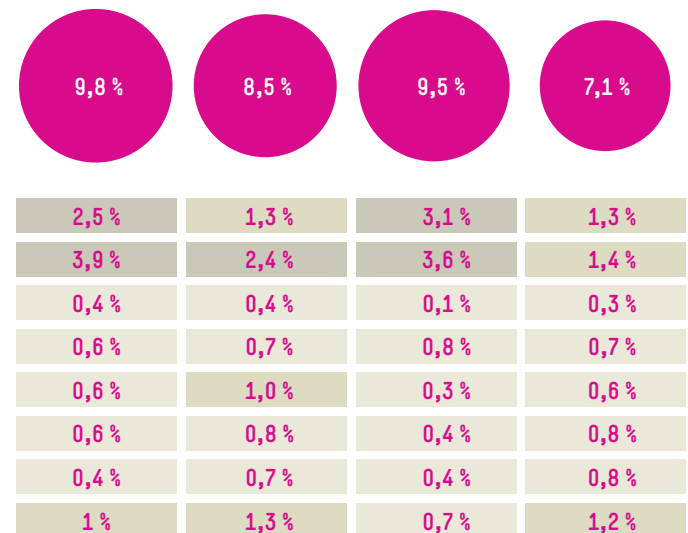
Miete, Nebenkosten, Instandhaltung

Verkehr ohne Kraftstoffe

Freizeit und Kultur

Gastgewerbe

übrigem Konsum



Quelle: IMK 2022

Hans Böckler
Stiftung

2022 auch die Inflationsrate für Alleinerziehende mit mittlerem Einkommen aus. Gleiches gilt für Familien mit mittlerem und Alleinlebende mit niedrigem Einkommen.

Grundsätzlich leiden Arme besonders unter starker Teuerung, betonen Dullien und Tober: Sie kaufen vor allem Alltagsgüter, die unverzichtbar und kaum durch Alternativprodukte zu ersetzen sind. Zudem besitzen diese Haushalte wenig Spielraum, ihr Konsumniveau durch Rückgriff auf Erspartes aufrechtzuerhalten. <

Quelle: Sebastian Dullien, Silke Tober: IMK Inflationsmonitor – Deutliche Inflationsunterschiede zwischen Arm und Reich im Jahr 2022, IMK Policy Brief Nr. 144, Januar 2023 [Link zur Studie](#)